



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

B.: Payer und Naumann als Historiker

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Payer und Naumann als Historiker

Eines der wichtigsten Ereignisse aus der politischen Geschichte Deutschlands in den letzten Jahren ist der Übergang der freisinnigen Parteien zu staatlicheren Anschauungen: die Abstimmungen des deutschen Reichstags im Dezember 1906 mit ihren Folgen stellen höchst bedeutungsvolle Vorgänge dar. Die Freisinnigen bekennen sich heute zu Dingen, die sie in einer früheren Zeit verdammt hatten. In den Momenten solcher Wandlungen entsteht oft eine historische Legende: man überträgt das, was man heute vertritt, in die Vergangenheit der Partei; man glaubt immer schon das Richtige erkannt zu haben; man sieht die Wandlung auf seiten der Gegner. Kleine Bröbchen solcher Legenden haben die freisinnigen Zeitungen in jenem Zusammenhang bereits geboten. In größerem Stil findet man sie in einem Aufsatz, den der Reichstagsabgeordnete Naumann über Sonnemann und die „Frankfurter Zeitung“ in den „Süddeutschen Monatsheften“ (Januar 1910, S. 66 ff.) veröffentlicht hat. Naumann ist ein Meister des Stils. Dieses formelle Talent sichert ihm stets einen großen Leserkreis. Aber über der lockenden Form darf man die Prüfung des Inhalts nicht versäumen. Gerade die breite Wirkung, die die Darstellungsform übt, fordert dazu heraus. Und eben im vorliegenden Fall erweist die Prüfung, daß Naumann mit dichterischer Phantasie eine volle Legende geschaffen hat. Es trifft sich glücklich, daß ungefähr über dieselben Dinge vorher der Reichstagsabgeordnete Payer einen Bericht veröffentlicht hatte im achten Jahrgang der „Patria“ (Jahrbuch der „Hilfe“): „Die deutsche Volkspartei und die Bismarcksche Politik“. Dieser Bericht ist aus eigener Kenntnis der Verhältnisse heraus geschrieben, gibt aber ein wesentlich anderes Bild von den Dingen, als wie wir es bei Naumann finden. Überhaupt ist die Darstellung Payers sehr lehrreich. Sie verdient um ihres Inhalts wie um des Verfassers willen Beachtung. Payer ist ein Politiker, der sich der Achtung nicht nur innerhalb seiner Partei erfreut;

durch sein Auftreten bei den Verhandlungen über das Vereinsgesetz hat er seinem Namen einen Platz in der Geschichte des Reichstags gesichert.

Payer hebt hervor, die Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland seien vor vierzig, fünfzig Jahren „in einer ganz anderen Schroffheit zutage getreten, als sie sich heutzutage der verstockteste bayrische Partikularist vorstellt“. „Die sich für rein deutsch ansehenden Stämme Süddeutschlands blickten stolz auf ihre Bedeutung in früheren Jahrhunderten, auf das erst allmählich herangewachsene Preußen herab; die in den Verhältnissen wohl begründete Sparsamkeit des Staates Preußen und seiner Bewohner galt allgemein als Hungerleiderei.“ Man beachte die Urteile, die Payer hier nebenbei einfließen läßt, wie er z. B. den süddeutschen Stämmen Bedeutung „in früheren Jahrhunderten“ beimißt. Wenn er dann fortfährt: „Die Angehörigen des preußischen Staates, ihrer Verdienste um die neuere Entwicklung sich wohlbewußt . . ., sollten dem sogenannten Phäakenleben der bequemeren und behaglicheren Süddeutschen unverhohlen ihre Mißachtung“, so hat sich ja in der Tat mancher Preuße — wir erinnern an Zimmermann — so geäußert. Überwiegend aber geschah es nur, wenn der Preuße (wie auch eben Zimmermann) nach Süddeutschland kam und hier das Mißverhältnis zwischen gewaltigem Selbstbewußtsein und bescheideneren Leistungen im politischen Leben beobachtete. Überwiegend widmeten die Norddeutschen den Süddeutschen liebevolles Interesse und freuten sich an ihrer Eigenart. Vor allem die „Kleindeutschen“, die von Payers Partei so sehr gehaßt wurden, wußten gar nichts von „Mißachtung“ für Süddeutschland, sondern kannten keinen sehnlicheren Wunsch als den der innigen Vereinigung der Nord- und Süddeutschen, während Payers Gefinnungsgegnossen mit nicht geringerem Eifer als die Ultramontanen die Preußen von sich fernzuhalten suchten.

Bemerkenswert ist es ferner, daß Payer, indem er weiter süddeutsche Urteile über die preußische Politik aufzählt, zu verstehen gibt, das sei nur die „süddeutsche Auffassung“ gewesen. Beachtenswert sind ebenso folgende Geständnisse: „Die Süddeutschen haben die Vorliebe für militärische Machtentfaltung, soweit sie ihnen jetzt eigen ist, erst in den letzten Jahrzehnten erworben. Zur Zeit des Deutschen Bundes waren ihnen schon die damaligen, nach jetzigen Begriffen mehr als bescheidenen militärischen Anforderungen zu hoch.“ Eine Ausstellung haben wir an diesen Sätzen nur insoweit anzubringen, als Payer hier seine Parteigenossen mit den Süddeutschen schlecht hin gleichsetzt. Die „Deutsche Partei“ in Württemberg hatte schon viel früher Sinn für „militärische Machtentfaltung“ bekundet. Im übrigen verschleiert Payer keineswegs den hiermit angedeuteten Gegensatz, und so hat er denn auch den Mut, offen zu gestehen, was heute gewissen vorgeschrittenen Liberalen zu hören unlieb ist: „Die deutsche Volkspartei wurde ausdrücklich zur Bekämpfung des Nationalvereins gegründet.“ Die Volksparteiler waren eben echte Partikularisten, dazu von einer durch keine Sachkenntnis getrübbten Vorliebe für Österreich und von einem gleichwertigen Haß gegen Preußen erfüllt. Amüsant ist bei der Vorliebe

für Österreich die republikanische Gesinnung. „Der Charakter der Partei“ — sagt Payer — „war stark republikanisch: wenn die alten Kämpfer in Stimmung kamen, war ihnen ein Hoch auf die deutsche Republik ein Bedürfnis.“

Lehrreich sind Payers Mitteilungen über die Zusammensetzung der Volkspartei. Sie umfaßte vorzugsweise Kreise des Kleinbürgertums. Ein interessanter Beitrag zur Geschichte der Demokratie liegt darin, daß nicht jene die Führung hatten; diese „fiel im wesentlichen Rechtsanwälten und einigen journalistisch beschäftigten Politikern zu“. Wider Willen bestätigt Payer hiermit das Urteil Bismarcks und so vieler konservativen Politiker! Nach 1866 schlossen sich der Partei, wie Payer weiter erzählt, aus Abneigung gegen Preußen „kurhessische, sächsische und welfische Politiker an, die ihr demokratisches Herz entdeckten und, wenn auch nur vorübergehend, eine lebhafte Tätigkeit für die volksparteiliche Sache entfalteten, an der manche in Wirklichkeit wohl nur der föderative Gedanke erfreuen mochte. In meiner Erinnerung stehen sie als kluge, gebildete, wohl-erzogene Männer, die uns für unseren stark bürgerlichen Geschmack fast zu vornehm erschienen. Zu wirklichem Einfluß kamen sie nie, am wenigsten auf die Massen, wenn sie auch für die programmatische Arbeit vieles leisteten.“ In der Einflußlosigkeit der „klugen, gebildeten, wohlherzogenen Männer“, deren Talent man „für die programmatische Arbeit“ nur ausnützt, liegt wiederum ein charakteristischer Beitrag zur Naturgeschichte der Demokratie. Heute kann man bei der Steigerung der demokratischen Mäuren, die gegenwärtig in Süddeutschland so beliebt sind, ähnliches erleben. In einer süddeutschen Hauptstadt wurde vor nicht langer Zeit ein patriotisches Fest gefeiert. Sonst war es Still, daß man für solche Fälle den hervorragendsten Redner auswählte. Jetzt verlangte der demokratische Zeitgeist, daß nicht ein Gebildeter, sondern „ein geringer Mann aus dem Volke“ die Festrede hielt, und nun lauschten die gebildeten Kreise der Hauptstadt der Rede, die der „geringe Mann aus dem Volke“ sich vielleicht von einem — Halbgebildeten hatte machen lassen.

Wie aus dem Gesagten hervorgeht, war neben der Demokratie das Hauptstück der Volkspartei der Partikularismus oder, wie Payer schamhaft die Sache nennt, der „Föderalismus“. Eben um dieses schroffen Partikularismus willen fand sie nach 1866 auch die Unterstützung der württembergischen Regierung. Es ist sehr amüsant, was Payer hierüber erzählt. Die Unterstützung der Regierung und die Hilfe der Großdeutschen verschafften den Demokraten bei den Wahlen zum Zollparlament im Jahre 1868 den Sieg über die Kleindeutschen: „nicht ein Vertreter dieser Richtung wurde nach Berlin entsandt. Im Juli desselben Jahres revançierte die Volkspartei sich bei den Landtagswahlen, für welche mittlerweile König Karl das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt hatte, bei der Regierung für den geleisteten Beistand.“

Im Jahre 1868 gab sich die Volkspartei als „Südbund“ ein offizielles Programm. Payer selbst gesteht zu, daß es einen schärferen Gegensatz zu dem Programm Bismarcks kaum geben konnte. Man setzte sich zum Ziel die

„größere Selbständigkeit“ der Einzelstaaten (einschließlich in gewissem Sinne auch der von Preußen annektierten Länder), verlangte ein dem schweizerischen ähnliches „Milizwesen“, forderte die Wiedervereinigung mit Österreich und gab allen Sätzen vor allem eine Spitze gegen Preußen. Hier führt in erster Linie der Partikularismus das große Wort; die demokratischen Tendenzen treten dem gegenüber zurück. Vom Standpunkt der Demokratie aus hätte man auch Bismarck keineswegs große Vorwürfe machen können: er hatte ja noch vor Württemberg das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für den norddeutschen Reichstag eingeführt.

Mit jenen lieblichen Bestrebungen der Volkspartei räumte der Krieg von 1870 gründlich auf. „Mit dem Südbund, mit dem Milizsystem und um ein Paar mit der Volkspartei selbst war es aus.“ Im Gegensatz zu dieser gewann jetzt in Württemberg die „Deutsche Partei“ Boden. Nur mühsam raffte sich die Volkspartei auf und blieb, namentlich im deutschen Reichstag, einstweilen recht schwach. Es ist interessant, bei Payer zu lesen, wie schwer sich seine Parteigenossen in die neuen Verhältnisse zu finden wußten. „Eigentlich müßte“ — sagt er — „eine Generation aussterben, bis ein solcher innerer Riß vernarbt ist.“ Die Volksparteiler behielten ihren Groll im Herzen und kämpften weiter für das föderalistische Prinzip gegen den preußischen Einfluß. Payer nennt es „befremdend“, daß in den siebziger Jahren die Polemik zwischen der Volkspartei und Bismarck ihren Höhepunkt erreichte. Wie sollte das befremdend sein? Die volksparteilichen Abgeordneten waren mit ihrem Haß gegen Preußen eben jetzt ja erst in den neuen deutschen Reichstag eingetreten; jetzt mußte der Gegensatz vollends offenbar werden. Payer will Bismarcks Unwillen über die Volkspartei vornehmlich darauf zurückführen, daß sie im Kulturkampf dem Zentrum beisprang. Dies Motiv wird natürlich mitgewirkt haben; allein tiefere Gegensätze waren ja genug vorhanden.

Payer berichtet dann ausführlich über die persönlichen Streitigkeiten zwischen den Volksparteilern und Bismarck. Niemand wird heute alles entschuldigen, was dieser in der Leidenschaft gegen jene unternommen. Allein er war nun einmal für sie der bestgehaßte Mann von 1866 her, und was sie ihm boten, zeigt die von dem Stuttgarter „Beobachter“ erhobene Anschuldigung, er habe sich das Kullmannsche Attentat selbst bestellt! Überdies ist heute die Zahl der Bismarckschen Angriffe gegen die Volkspartei in der „Geschichte der Frankfurter Zeitung“ genau verzeichnet, während wir eine gleich sorgfältige Registrierung dessen, was die Volkspartei gegen ihn verbrochen, nicht besitzen. Für die Natur der Volkspartei aber ist es bezeichnend, daß selbst ein Mann wie Payer jenen persönlichen Streitigkeiten in seiner Darstellung einen unverhältnismäßig großen Raum gewährt und deshalb nicht dazu kommt, sich über die großen Aufgaben der Reichspolitik, in denen die Volkspartei Bismarck widerstrebte, mit gleicher Ausführlichkeit zu äußern *). Schließlich hebe ich aus diesem Abschnitt noch

*) Payer erwähnt auch, daß Bismarck 1884 die Wahl des Sozialisten Sabor gegen Sonnemann durch ein Telegramm unterstützt habe. Soviel mir bekannt, ist dies Telegramm apokryph.

folgende Sätze hervor: „Auf den einen oder anderen von uns, der späterhin persönlich mit Bismarck in Berührung kam, hat er merkwürdigerweise bisweilen einen geradezu faszinierenden Eindruck gemacht. Der Reiz seiner Persönlichkeit muß im Umgang ein ganz außergewöhnlicher gewesen sein. Ich entsinne mich eines sehr entschiedenen jungen demokratisch-fortschrittlichen Berliners, der erst nach Tagen seine Objektivität zur Not wiederfand.“ Man sieht: nach der damaligen Auffassung der Volksparteiler war es das denkbar Entsetzliche, sich von Bismarck beeinflussen zu lassen.

Payer wirft endlich ganz allgemein die Frage auf, ob die alte volksparteiliche Politik die richtige gewesen sei. Man beobachtet, wie schwer es ihm wird, die Bejahung der Frage zu vermeiden. Aber er ist viel zu ehrlich, um sie leicht zu nehmen, und er räumt mehreres ein, was wir als bemerkenswertes und erfreuliches Eingeständnis verzeichnen. „Unsere damaligen Führer haben die Machtfaktoren nicht richtig eingeschätzt.“ „Sicherlich haben bei Aufstellung unseres nationalen Programms eine hoffnungsfreudige Phantasie, eine gewisse Schwärmerei mehr mitgesprochen, als unsere höchst nüchtern und berechnend gewordenen Nachkommen zu verstehen vermögen.“ Wir werden wohl sachlich richtiger urteilen, wenn wir das alte volksparteiliche Programm mit seiner Ablehnung aller kräftigen Machtentfaltung des Reichs in erster Linie als ein Produkt der Engherzigkeit auffassen, was ja nicht ausschließt, daß eine „hoffnungsfreudige Phantasie“ und „eine gewisse Schwärmerei“ mitgewirkt haben. Indessen lassen wir den Volksparteilern das Vergnügen, ihren Rückzug möglichst günstig zu motivieren; die Hauptsache ist, daß sie — wie Payer es tut — die alte Politik als nicht richtig erkennen.

Während Payer, der den alten Standpunkt der Volkspartei noch selbst als Politiker vertreten hat, jetzt deren Irrtümer offen anerkennt, macht sich Naumann, der von Haus aus nichts mit ihr zu tun hat, heute zu ihrem unbedingten Lobredner. Dem kühnsten Entwicklungsfanatiker muß die Großartigkeit imponieren, mit der sich der ehemalige Anhänger Stöckers und Verehrer Bismarcks zum kritiklosen Anbeter der Volkspartei und vor allem Sonnemanns und seiner „Frankfurter Zeitung“ umgebildet hat. Für Naumann, der uns so eindringlich zu predigen wußte, wir sollten national werden, der immer von neuem von der Notwendigkeit eines starken Heeres, einer starken Flotte, eines kräftigen Ausbaus unseres kolonialen Besitzes sprach, ist heute der wahre und einzige Prophet Sonnemann, der tatsächlich alle diese schönen Dinge für Unsinn gehalten hat. Wir wissen wohl, daß gegenwärtig von der „Frankfurter Zeitung“ so kindliche Anschauungen nicht mehr geteilt werden. Es hat sich in ihrer Redaktion eine bedeutungsvolle Wandlung vollzogen, von der die Redakteure auch gar kein Geheimnis machen, wie denn einer von ihnen sich zu dem Schreiber dieser Zeilen offen darüber ausgesprochen hat. Obwohl eine weitere Fortbildung des politischen Urteils der Redaktion noch durchaus wünschenswert bleibt, so erkennen wir doch bereitwillig an, daß die „Frankfurter Zeitung“ der Zeit Bismarcks sich zu der

„Frankfurter Zeitung“ von heute ungefähr verhält wie das Kind zu dem gereiften Mann. Naumann aber will davon gar nichts wissen. Nach ihm haben Sonnemann und die „Frankfurter Zeitung“ im Kampf gegen Bismarck „in allen großen Fragen recht gehabt“! Was sind denn diese großen Fragen? Welchen Widerstand die Volkspartei (und die „Frankfurter Zeitung“ mit ihr) der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs, die doch nur nach Bismarcks Ideen zustande kommen konnte, geleistet hat, das hat uns ja Payer deutlich dargelegt. Und wie die gute Frankfurterin sich zu Heeres-, Flotten- und kolonialen Fragen stellte, das haben wir ja soeben berührt. Naumann führt den Widerspruch der „Frankfurter Zeitung“ gegen den Kulturkampf ins Feld. Wir wollen davon absehen, daß sie darin nicht allein stand (ein Teil der Konservativen verurteilte ihn ja auch), auch davon, daß gerade für den Bismarckschen Kulturkampf eine gewisse Notwendigkeit vorlag. Wir wollen nur die praktischen Folgen jenes Widerspruchs etwas beleuchten. Die Frankfurterin fand damals in ultramontanen Kreisen weite Verbreitung und erfreute sich bei ihnen großer Beliebtheit. Und das Organ, das damit den Zentrumsleuten so sehr willkommen wurde, suchte seinen Schwerpunkt in dem Kampf gegen Preußen und gegen die Anforderungen eines starken Nationalstaates. Wenn dann die Ultramontanen sich gegen nationale und staatliche Forderungen ablehnend verhielten, so konnten sie sich berufen auf die gleiche Auffassung in ganz „freisinnigen“ Kreisen. Der Ultramontanismus empfing so die Märtyrerkrone des Kampfes für „Freiheit“ und „Vollrechte“. Man spricht gern von dem Mangel an staatlichem und nationalem Gefühl beim Zentrum. Man sollte aber berücksichtigen, daß dieser Mangel zu einem sehr erheblichen Teil zurückgeht auf Anschauungen, die den Zentrumsleuten eben damals von Organen wie der „Frankfurter Zeitung“ suggeriert wurden. Im übrigen weiß jedermann, daß, wenn die kirchenpolitischen Anschauungen der Volkspartei in einem Staat zur Herrschaft gebracht werden sollen, es einen „Kulturkampf“ gibt, dem gegenüber der Bismarcksche ein Waisenkind bleibt. Naumann führt ferner zum Beweis dafür, daß Sonnemann „in allen großen Fragen recht gehabt“ habe, seine „Auffassung vom internationalen Friedensbedürfnis“ an. So wie er sich die Sache dachte, bedeutete sie die Negation einer starken Armee des Deutschen Reichs. Hat er damit recht gehabt? Jene Äußerung Naumanns ist nur insoweit von Interesse, als sie eine Andeutung darüber gibt, wo er vielleicht noch einmal landen wird. Zum Lob darf man es der „Frankfurter Zeitung“ anrechnen, daß sie frühzeitig für die soziale Gesetzgebung eingetreten ist, während andere freisinnige Gruppen ihr lange widerstrebten und ein freisinniger Führer wie Bamberger ihr dauernd abgeneigt blieb. Indessen hier hat die Frankfurterin keineswegs im Gegensatz zu Bismarck recht gehabt, sondern sich ihm einfach anschließen müssen.

Hören wir aber die weiteren Urteile unseres Historikers. Er faßt Südwestdeutschland als eine Einheit auf, dessen normales Organ stets die „Frankfurter Zeitung“ gewesen sei. Sonnemann und die Frankfurterin vertraten „den

praktischen Menschenverstand eines nicht vom Junkertum verdorbenen Landesteils". „Es lebte dort eine ältere Kulturgesinnung, die sich nicht militärisch wollte kommandieren lassen.“ „Durch die „Frankfurter Zeitung“ wurde diesem Teile Deutschlands sein geistiges Eigenleben bewahrt, und wir hoffen, daß auch in Zukunft dieses Bollwerk gegen die allgemeine Verscherlichung des Nationalgeistes bestehen bleibt, so wie Sonnemann es aufgerichtet hat.“ Um zunächst über diese Gegenüberstellung von Sonnemann und Scherl ein Wort zu sagen, so scheint mir eher eine starke Ähnlichkeit zwischen beiden zu bestehen. Beide üben eine starke Wirkung auf die Presse durch ihr Kapital. Die „Frankfurter Zeitung“ ist 1856 von den Bankiers Rosenthal und Sonnemann gegründet worden; die finanzielle Leistungsfähigkeit der Unternehmer ermöglichte eine umfassende kostspielige Organisation. Anfangs war sie nur Handelsblatt; zugleich politische Zeitung wurde sie 1858. Als kapitalkräftiges Organ konnte sie einen vorzüglichen Nachrichtendienst einrichten, für politische wie Börsenneuigkeiten; was zur Folge gehabt hat, daß sie einen großen Leserkreis auch außerhalb der politischen Gesinnungsgenossen findet. Und als kapitalkräftiges Organ weiß sie ferner durch hohe Honorare auch Mitarbeiter aus anderen politischen Kreisen heranzuziehen. Aber alles wird in den Dienst einer bestimmten politischen Tendenz gestellt. Die Scherlschen Unternehmungen haben ihren Ausgangspunkt ebenfalls im Kapital. Die Parteipresse sieht in ihnen eine große Gefahr, und es würde in der Tat aufs höchste zu bedauern sein, wenn jene beiseite geschoben würde. Allein eine solche Gefahr kommt von der „Frankfurter Zeitung“ gleichfalls, insofern bei ihr das Kapital unabhängig von den sachlichen Argumenten stark zur Verbreitung des Blattes beiträgt. Und bei dem Frankfurter Blatt wird das mächtige Kapital in den Dienst einer bestimmten Partei gestellt, während die Scherlschen Organe Sprachrohr für alle Parteien sein wollen. Speziell auch in Süddeutschland hat das Kapital der „Frankfurter Zeitung“ ihr unverhältnismäßige Verbreitung verschafft. Unbedingt verkehrt ist es jedoch, mit Naumann sie als die normale süddeutsche Zeitung auszugeben und in ihr die Verkörperung des „praktischen Menschenverstandes“ dieses Landesteiles zu sehen. Württemberg z. B. hat „sein geistiges Eigenleben“ zweifellos mehr durch den „Schwäbischen Merkur“ als durch die Frankfurterin bewahrt, und zwar in der Bismarckschen Zeit, von der Naumann spricht, noch mehr als heute. Man denke ferner an die lange Zeit so angesehene „Münchener Allgemeine Zeitung“, die „Münchener Neuesten Nachrichten“, die nationalliberalen Zeitungen Badens, die „Straßburger Post“. Es stände auch sehr schlimm um den Ruhm Südwestdeutschlands, wenn es keinen anderen „praktischen Menschenverstand“ hervorgebracht hätte als den der „Frankfurter Zeitung“. In Wahrheit entsprang deren Haltung keineswegs einem wahren „praktischen Menschenverstand“, sondern, um mit Payer zu reden, einer unrichtigen Einschätzung der Machtfactoren und einer gewissen Schwärmerei oder, wie wir sagen, einer recht engherzigen Auffassung der Dinge. Naumann tut so, als ob im Zeitalter Bismarcks ganz Süd-

deutschland wie ein Mann hinter Sonnemann und seiner Frankfurterin gestanden hätte. In Wahrheit aber nahmen doch alle wirklich großen Männer Süddeutschlands eine ganz andere Haltung ein. Die Häußer und Mathy — um nur ein paar Badener und zwar echte Badener zu nennen — waren unzweifelhaft echtere Repräsentanten einer süddeutschen „älteren Kulturgefinnung“ als Sonnemann, der gewiß ein ausgezeichnete Geschäftsmann, aber, wie Raumann selbst bemerkt, von Haus aus ohne besonders hohe Bildung gewesen und Geschäftsmann lebenslang geblieben ist.

Raumann geht schließlich so weit, Sonnemann als einen besonderen Förderer des Deutschtums zu feiern. Gegenüber Bismarck, der den Eigentümer der „Frankfurter Zeitung“ einen Agenten des Auslandes genannt hat, bezeichnet er ihn als einen „Agenten des Deutschtums in allen Ländern“. Die „Frankfurter Zeitung“ habe „die große Macht, die sie innerhalb der internationalen Presse besitzt, immer zur Stärkung des deutschen Einflusses angewendet“. Gewiß hatte Bismarck formell mit seiner Anschuldigung unrecht: bestellte oder gar bezahlte Arbeit für das Ausland hat die „Frankfurter Zeitung“ nie geliefert. Allein materiell darf man Bismarck nicht ganz widersprechen. Denn durch die Zerrbilder, die jene Zeitung von den deutschen Verhältnissen lieferte, hat sie wahrlich nicht zur Erhöhung des deutschen Ansehens im Auslande beigetragen, und einen bemerkenswerten Eifer, für die deutschen Interessen energisch einzutreten, hat sie auch nicht gerade bekundet. Noch vor gar nicht langer Zeit hat ein Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ sich über die Angstlichkeit, die die deutsche bürgerliche Demokratie gegenüber dem Ausland zeige, lustig gemacht. Und dabei steht es doch heute hiermit erheblich günstiger als in der Zeit, die Raumann im Auge hat. Wie weit aber dieser in seiner Apotheose Sonnemanns geht, dafür mag noch ein niedlicher Satz zum Beweis dienen. „Auch in den Zeitläuften, wo die demokratische Partei klein und gering war . . ., besaß sie die stärkste Stimme gegenüber dem Auslande, weil Sonnemann zu ihr gehörte.“ Sonnemann muß hiernach ein Staatsmann von einer Macht und einem Einfluß gewesen sein, wie er selbst es gewiß am wenigsten geahnt hat. Oder sollte die Lösung des Rätsels in der von Bismarck angedeuteten Richtung liegen, daß nämlich Sonnemann vom Ausland als Bundesgenosse geschätzt wurde?

Im vorstehenden haben wir einige Proben der Geschichtskonstruktion gegeben, die Raumann in seinem Aufsatz vornimmt. Seine Sätze sämtlich einzeln zu zergliedern, würde zu viel Raum und Zeit kosten. Schon das Erwähnte aber wird als Beleg dafür dienen, daß Anschauungen, die auf solchen Konstruktionen ruhen, nicht haltbar sein können.

3.

